

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 65 (1978)
Heft: 17

Rubrik: Aktuelle Kurzmeldungen der "schweizer schule"

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aktuelle Kurzmeldungen der «schweizer schule»

ZH: Kleinere Klassen

Der Zürcher Kantonsrat hat mit 112 : 10 Stimmen den Stimmberechtigten empfohlen, die Volksinitiative «für kleinere Schulklassen» abzulehnen. Zuvor allerdings genehmigten die Ratsmitglieder einstimmig die vom Regierungsrat vorgeschlagene Neufassung einer Verordnung, die tiefere Richtzahlen für die Klassengrößen enthält.

Diese Neufassung setzt nun einen einheitlichen Klassenverband von 25 Schülern fest, mit Ausnahme der Sonderklassen und der Oberschule; die alte Verordnung sah Klassenbestände von 36 Schülern für die 1. bis 3. Klasse und 32 für die 4. bis 6. Klasse vor. Oberschulen sollen künftig in der Regel nicht mehr als 18 (bisher 20) Schüler in einer Klasse unterrichten. Für Sonderklassen ist ein Bestand von 14 Schülern vorgesehen, gegenüber 18 bisher.

Die Volksinitiative dagegen verlangt Höchstzahlen. Sie fordert im wesentlichen Klassenbestände von höchstens 25 Schülern in Primarschulen, Sekundar- und Kantonsschulen, Bestände von höchstens 20 Schülern in Real- und Oberschulen sowie in Kindergärten und schliesslich höchstens 14 Schülern in Sonderklassen.

Den Initianten – der Gewerkschaft Erziehung – wurde im Rat dringend empfohlen, ihr Begehren zurückzuziehen, da es durch die neue Verordnung weitgehend erfüllt sei. Wenn sie daran festhielten, so sei das eine reine Prestigeangelegenheit, die mit pädagogischen Grundsätzen nichts mehr zu tun habe.

ZH: Die SP lehnt das Lehrerbildungsgesetz ab!

Die Sozialdemokraten, die sich bereits im Kantonsrat kritisch zu der Vorlage geäußert hatten, stossen sich hauptsächlich daran, dass dem Volk ein reines Organisationsgesetz, das keine Bildungsinhalte festlegt, vorgelegt wird. «Die Tendenz, in Gesetzen, die das Bildungswesen betreffen, auf Bildungsziele und -inhalte zu verzichten, ist verhängnisvoll», betonte Zimmermann. «Auf diese Weise werden Ziele und Inhalte immer mehr der Kontrolle der Stimmberechtigten entzogen.»

Als ungenügend stuft die SP ferner die Neuregelung der Primarlehrerbildung ein. Sie ist der Auffassung, eine stufenspezifische Ausbildung von vorerst zwei und später vier Semestern sei zu kurz und benachteilige die Primarlehrer weiterhin gegenüber den Sekundar-, Real- und Ober-schullehrern.

Mit ihrem Nein zum Lehrerbildungsgesetz wendet sich die SP schliesslich auch gegen den umstrittenen Paragraphen 8, der die Erteilung und den Entzug des Wählbarkeitszeugnisses regelt. Wie die Sektion Lehrer des VPOD sind die Sozialdemokraten der Meinung, diese gesetzlichen Bestimmungen dienen in erster Linie dazu, politisch missliebige Lehrer aus dem Schuldienst zu entfernen.

ZH: Kantonsrat knapp gegen Fünftagewoche

Einer langen Debatte ruft ein Postulat von sozialdemokratischer Seite, das die Regierung ersucht, Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Gemeinden Versuche mit der Fünftagewoche an der Volksschule durchführen können. Erziehungsrat und Regierung lehnen die Fünftagewoche an der Schule grundsätzlich ab, weil, wie sie sagen, ein Stoffabbau und eine Stundenreduktion vorgenommen werden müssten, um eine Überbelastung der Schüler zu vermeiden. Dies aber sei unerwünscht, da die Unterrichtszeit im Kanton Zürich im interkantonalen Vergleich bereits am niedrigsten sei. In der Diskussion melden sich mehrheitlich Befürworter der Fünftagewoche an der Schule zum Wort, doch fällt schliesslich der Entscheid mit 55 zu 54 Stimmen negativ aus. Damit dürfte das Thema alles andere als aus der Welt geschafft sein; der «Genosse Trend» steht in dieser Frage wohl kaum auf der Seite des Erziehungsdirektors.

ZG: 5500 Unterschriften für einheitlichen Schulbeginn

Die Freisinnig-demokratische Partei des Kantons Zug hat eine Standesinitiative für einheitlichen Schulbeginn in allen Kantonen eingereicht. Die Initiative wurde von über 5500 Stimmbürgern unterzeichnet – 800 Unterschriften wären erforderlich gewesen. Das Begehren wird nun am 24. September dem Volk unterbreitet; wird die Standesinitiative gutgeheissen, erhält die Zuger Kantonsregierung den Auftrag, das Begehren dem Bund vorzulegen, National- und Ständerat hätten dann zu entscheiden, ob es dem Schweizervolk unterbreitet werden soll.

AG: Fragen des Übertritts

Die Pädagogische Kommission behandelte mit den Vertretern der Stufenorganisationen und mit

Dr. Ernst Barth das oft diskutierte Problem des Übertritts von der Primarschule in die Sekundar- oder Bezirksschule resp. in die Kantonsschule. Im Mittelpunkt des Interesses steht vorab die Aufnahme in die Bezirksschule. Es geht im Prinzip um das Aufnahmeverfahren mit oder ohne Prüfung. Soll nur eine Prüfung stattfinden, oder soll – wie nachdrücklich empfohlen wurde – eine Kombination von Prüfung, Test und Mitsprache des bisherigen Primarlehrers als vorteilhafteste Lösung an das Erziehungsdepartement empfohlen werden? Man wünscht in einem Vernehmlassungsverfahren die grundsätzliche Stellungnahme der Lehrer kennenzulernen.

Es handelt sich in der Tat um ein Problem, dem schicksalhafte Bedeutung zukommt. Nach einer eingehenden, die Vor- und Nachteile der verschiedenen Verfahren sorgfältig abwägenden Aussprache kam man mehrheitlich zum Schluss, dass das gemischte Verfahren mit Prüfung, Tests und Mitsprache des bisherigen Lehrers wohl die

zuverlässigste und namentlich auch für das Kind beste Lösung darstelle.

SG: Tendenz zu kleineren Klassen

Da sich die Gesamtschülerzahl an den sanktgallischen Volksschulen gegenüber 1976 nur unwesentlich verändert hat, konnten 1977 die Durchschnittswerte für die Klassenbestände gehalten werden, schreibt der Regierungsrat in seinem Amtsbericht 1977. Diese betrugen für die Unter- und Mittelstufe der Primarschule 26,3, für die Sonderklassen 13,2, für die Abschlussklassen (Realschule) 21,7 und für die Sekundarklassen 24,4. Damit lagen sie in einem pädagogisch wünschbaren Rahmen.

TI: Mehr stellenlose Lehrer

Im Kanton Tessin ist die Zahl der stellenlosen Lehrer im Juli stark angestiegen. Im Juni waren es noch 86, im Juli aber bereits 147.

Chancengleichheit von Mädchen und Knaben im Bildungswesen

Franz Pöggeler / Franz Hargasser

Vorbemerkung

Wegen einer Panne – das Manuskript ging auf der langen Reise von Aachen in die Schweiz verloren – konnten wir in der vorletzten Nummer das Hauptreferat von der Generalversammlung des CLEVS in Luzern leider im Tagungsbericht nicht abdrucken. Glücklicherweise existierte ein Doppel! Wir stellen dem Referat die einleitenden Worte von Dr. C. Hüppi voran:

Sehr geehrte Damen und Herren

Mir fällt die Ehre zu, Ihnen den Tagungsreferenten, Herrn Prof. Dr. Franz Hargasser, vorzustellen. Den Lesern der «schweizer schule» ist er kein Unbekannter. Ich darf hier besonders an zwei Aufsätze erinnern, die er in unserem Vereinsorgan publiziert hat: «Diagramm des Erziehungsfeldes» (1973) und «Die situationsgerechte Anwendung von Erziehungsstilen» (1974).

Herr Dr. Hargasser ist Mitarbeiter von Prof. Dr. Franz Pöggeler, den wir ursprünglich zu diesem Referat eingeladen hatten und der uns – selbst verhindert – freundlicherweise seinen Assistenzprofessor überliess. Dass

hier der eine für den anderen stehen kann, mag nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein, weil beide auf den Vornamen Franz hören. Auf jeden Fall danke ich Herrn Dr. Hargasser herzlich dafür, dass er bereitwillig in die Lücke sprang.

Gestatten Sie einige Bemerkungen zum Thema «Chancengleichheit für Knaben und Mädchen in Bildung und Erziehung»:

Es dürfte Ihnen aufgefallen sein, dass in letzter Zeit diesem Problemkreis in der «schweizer schule» ein relativ grosser Raum gewährt wurde. Ich erinnere hier etwa an die Beiträge von Uta Fromherz, Jeanne Hersch, Willy Bünler, Salcia Landmann, Franz Pöggeler und den neuestens erschienenen Aufsatz von Wolfgang Kuhn «Ist die «Geschlechterrolle» nur anerzogen?»

Der eigentliche Grund aber, weshalb wir uns an der heutigen Tagung und im kommenden Jahr in unserem Verein mit diesem Thema besonders intensiv auseinandersetzen wollen, ist ein Schlagabtausch zwischen der Zuger Kantonsrätin Margrit Spillmann und dem Zuger Regierungsrat. Sie wissen es: Parlamentarier sollen und wollen im allgemeinen nicht zu differenziert denken und